

Liebe Leserinnen und Leser,

„Brasilien ist das Land der Zukunft – und wird es immer bleiben.“ Dieses vielzitierte Bonmot wird manchmal Stefan Zweig zugeschrieben, tatsächlich aber stammt nur der erste Teil von ihm. Die Urheberschaft des sarkastischen zweiten Teils ist ungeklärt. Dennoch gilt der Satz in gewisser Weise auch für die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa, die manchmal wie ein ewig uneingelöstes Versprechen wirken. Von einer „natürlichen Partnerschaft“ ist da oft die Rede, die Idee von einem „Atlantischen Dreieck“ zwischen Nord- und Lateinamerika sowie Europa reicht bis in die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurück.

Und die Wirklichkeit? Da hat es kaum eine Weltregion in Europa und speziell in Deutschland so schwer, politische Aufmerksamkeit zu erlangen, wie Lateinamerika. Nur zwei Beispiele: Schaut man sich an, wie viel Platz verschiedene Regionen in den vergangenen vier Koalitionsverträgen auf Bundesebene in Deutschland eingenommen haben, landet der „natürliche Partner“ abgeschlagen auf dem letzten Rang. Und die klassische deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Region ist rückläufig. Deutschland konzentriert seine Ressourcen auf andere Regionen wie den afrikanischen Kontinent. Zwar gilt hier die banale Tatsache, dass *eine* Region nun einmal immer auf dem letzten Platz liegen muss und dass man nicht Priorisierung fordern, sie dann aber – sobald es konkret wird – kritisieren sollte. Aber es fällt doch auf, wie groß die Lücke zwischen Potenzial und Realität gerade in den europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen ist.

Mit dieser Ausgabe der Auslandsinformationen wollen wir daher bewusst den Blick auf den geografisch wie politisch heterogenen Raum zwischen Río Grande und Feuerland richten und fragen, was geschehen muss, damit aus der abstrakten Erzählung von Partnerschaft konkrete Kooperationen werden. Wenn dies bislang noch nicht in ausreichendem Maße passiert ist, dann hat das Gründe, von denen hier – wahrscheinlich nicht erschöpfend – einige genannt seien.

Ein erster wesentlicher Faktor war in der Vergangenheit sicherlich fehlender Leidensdruck. Aus Sicht von uns Europäern waren die Beziehungen zu Lateinamerika ein Nice-to-have, aber letztlich nicht wirklich relevant, geschweige denn entscheidend. Die europäische Integration lief, die klassische transatlantische Partnerschaft mit den USA ebenso. Letztere hat seit 2016, spätestens seit Donald Trumps erneutem Amtsantritt 2025, tiefgreifende Risse bekommen. Verteidigungspolitisch zieht sich Washington tendenziell aus Europa zurück und macht auch unseren Kontinent zudem zur Zielscheibe einer aggressiven Zollpolitik.

Dass es auch diese US-Politik war, die dem EU-Mercosur-Handelsabkommen – zumindest vorläufig – den Weg durch die europäischen Institutionen bahnte, vermutet nicht nur Patricia Enssle in ihrem Beitrag zu dieser Ausgabe. Die neuen weltpolitischen Umstände haben dazu geführt, dass Europa intensiver als in vergangenen Jahrzehnten um außenpolitische Diversifizierung bemüht ist. Dass die transatlantische Partnerschaft auch ein Land wie Kanada einschließt, ist mittlerweile Common Sense. Es spricht aber vieles dafür, den Begriff noch weiter zu denken. Mexiko ist – wie von Johannes Hügel und Nikolaus Rischbieter in ihrem Artikel analysiert – nicht nur mit Blick auf Migration engstens mit dem restlichen Nordamerika verwoben und sollte von uns mitgedacht werden, wenn wir von transatlantischer Partnerschaft sprechen. Ob man noch weiter gehen und ganz Lateinamerika als transatlantischen Partner betrachten sollte – der Atlantik geht jedenfalls auch südlich von Florida und Yucatán weiter – sei dahingestellt. In jedem Fall bleibt der Befund, dass die gesamte Region in international rauerer Zeiten verstärkt in unser Blickfeld gerät und auch geraten sollte, selbst wenn sie offensichtlich nicht die Rolle einnehmen kann und will, die bislang die USA für Europa spielen.

Ein zweiter Grund für das in der Vergangenheit oft geringe Interesse an Lateinamerika liegt schlicht darin, dass die dortigen Entwicklungen uns wenig zu betreffen schienen: keine direkte sicherheitspolitische Bedrohung für uns; kein Exportmarkt, dessen Krise auch unsere Wirtschaft unmittelbar bedroht hätte; und lateinamerikanische Migrationsbewegungen richteten sich im Zweifelsfall in die USA, weniger nach Europa, und fast gar nicht nach Deutschland. Auch aus diesem Grund ist Lateinamerika in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten wieder auf Platz eins der Prioritätenliste gerückt, wie Hardy Ostry in seinem Beitrag unterstreicht. Aber auch wir sollten unser relatives Desinteresse überdenken.

Denn einerseits bieten sich uns in der Region enorme Möglichkeiten nicht zuletzt mit Blick auf Rohstoffe, wie Christina Stolte in ihrem Artikel zu einer möglichen Lithiumpartnerschaft mit Bolivien eindrücklich erklärt. Und andererseits ist keineswegs mehr ausgemacht, dass Sicherheitsbedrohungen nicht von Lateinamerika nach Europa überspringen können, wie Pablo Zeballos anhand des Beispiels der transnational organisierten Kriminalität deutlich macht, die heute in Antwerpen und Rotterdam die staatszersetzenden Praktiken anzuwenden versucht, die sie jahrzehntelang in Medellín und Sinaloa perfektioniert hat.

Drittens war es vielleicht gerade das „Natürliche“ an dieser Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika – die in unzähligen Gipfeldokumenten und Strategiepapieren beschworene kulturelle Nähe und das gemeinsame Wertefundament – das ein Grundübel europäischer und insbesondere deutscher Außenpolitik der jüngeren Vergangenheit noch verstärkt hat: mangelnden Pragmatismus. Abweichungen von unseren gesellschaftspolitischen Normen in anderen Ländern auszuhalten und dennoch nüchtern mögliche Interessenüberschneidungen zu prüfen, fällt uns ohnehin oft schwer. Bei Partnern, zu denen wir eigentlich keine große kulturelle Distanz vermuten, gilt das umso mehr. Das sollten wir ändern, denn in Lateinamerika haben weder heute noch in den vergangenen Jahrzehnten nur Regierungen das Sagen gehabt, die auch in Deutschland innenpolitisch satisfaktionsfähig gewesen wären. Es steht nicht zu vermuten, dass sich hieran in näherer Zukunft irgendetwas ändern wird. Und so hat Maximilian Hedrich Recht, wenn er in dem Interviewbeitrag zum politischen Panorama vor den Wahlen in Brasilien daran erinnert, dass wir auch bei einem uns nicht genehmen Ergebnis ein Interesse daran haben, die Gesprächskanäle zur Regierung dieses wichtigen Landes offenzuhalten. Gleichwohl bleibt für uns als politische Stiftung die Zusammenarbeit mit demokratischen und insbesondere christdemokratischen Kräften von zentraler Bedeutung. In einer Phase, in der die Christdemokratie in Europa wie in Lateinamerika unter Druck steht und sich Parteiensysteme im Umbruch befinden, gewinnt ihre Stärkung und die Vernetzung entsprechender Partner besondere Bedeutung. Zugleich gehört es zum Kernauftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, linken und rechten extremistischen Kräften und autoritären Tendenzen entschlossen entgegenzutreten.

Schließlich und viertens haben es die iberischen Länder, gerade Spanien, bislang oft geschafft, die europäischen Beziehungen zu Lateinamerika als ihre Angelegenheit zu verkaufen und somit zu prägen. Das mag im Interesse Madrids liegen. Ob es auch im gesamteuropäischen und deutschen Interesse liegt, ist eine ganz andere Frage, wie der Beitrag von Martin Friedek und Ludger Gruber verdeutlicht. Insbesondere die aktuelle spanische Regierung hat den Beziehungen zu Lateinamerika eine derartige ideologische Schlagseite verliehen, dass Ministerpräsident Pedro Sánchez zu einem Demokratiegipfel in Barcelona zwar die linke mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum von der Partei MORENA einlädt, deren Leistungsbilanz in dieser Hinsicht – Stichwort: Justizreform – durchwachsen ist, dafür aber bei politisch umgekehrt gepolten Regierungen der Region

wie in Buenos Aires praktisch keine Zugänge mehr besitzt. Von diesem Ansatz sollte sich die deutsche und gesamteuropäische Lateinamerikapolitik deutlich absetzen.

Wir Deutsche und Europäer haben in Lateinamerika nach wie vor viele Freunde. Unsere *soft power* ist weiter groß, obschon sie gerade durch die schleppende Bereitstellung europäischer COVID-Impfstoffe in der Pandemie gelitten hat. Auch die Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado, die wir für diese Ausgabe interviewen konnten, nennt – nach den internationalen Verbündeten eines künftigen freien Venezuela gefragt – ohne zu zögern die westlichen Demokratien und meint damit neben den USA auch uns. Aber diese Grundsympathie ist kein Freifahrtschein. Bieten wir keine konkreten Partnerschaften an, richtet sich der Blick lateinamerikanischer Staaten umso mehr in andere Richtungen, nicht zuletzt auf die Beziehungen zu Asien, die Andreas Klein in seinem Artikel untersucht. Es ist also wichtig, dass wir – selbst wenn wir verständlicherweise mit den dringenden Krisen in Europa und Nahost beschäftigt sind – der Region Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen mit diesem Heft einen Beitrag dazu leisten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Caroline Kanter ist Herausgeberin der Auslandsinformationen (Ai) und Leiterin der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (caroline.kanter@kas.de).